

Harry Hoefnagels SJ

Unsere Gesellschaftsordnung und die großen Fragen der Zeit

Unsere Gesellschaft sieht sich mit Fragen konfrontiert, auf die noch niemand eine Antwort weiß. Seit Jahren gibt es Massenarbeitslosigkeit. Es fehlt aber immer noch ein überzeugendes Konzept, wie man zu einer befriedigenden Beschäftigungslage finden kann. Der Sozialstaat befindet sich in einer Krise, seine Errungenschaften schaffen neue Probleme, und unter der Bevölkerung verbreitet sich die „neue Armut“. Die Sachverständigen können sich nicht einigen, wie sozial akzeptable Verhältnisse in der Zukunft gesichert werden können. In der letzten Zeit mußten nun auch Träger gesellschaftlicher Verantwortung anerkennen, daß die Umwelt, die menschliches Leben erst möglich macht, ernsthaft gefährdet ist und daß es sich hier um eine Frage des Überlebens handelt¹. Einen Grund für die Hoffnung, daß sie bewältigt werden könne, scheint es kaum zu geben. Regierungen, die nun einmal den Interessen der Wirtschaft Rechnung tragen müssen, können nur eine halbherzige Umweltpolitik betreiben. Ferner scheint der heute notwendige weltweite Schutz der Umwelt unmöglich zu sein, solange in der Entwicklung der Dritten Welt keine wesentlichen Fortschritte gemacht werden². Damit ist eine weitere Frage angesprochen, auf die unsere Gesellschaften keine Antwort wissen: Wie kann man der Dritten Welt endlich reale Perspektiven für ihre Entwicklung bieten?

Die heutige Situation ist durch zwei in der Vergangenheit unbekannte Herausforderungen bestimmt: Einmal muß das gesellschaftliche Leben auf die Grenzen abgestimmt werden, die die Natur selbst ihrer Ausbeutung setzt. Dann muß man zu der internationalen Zusammenarbeit finden, die eine „Weltinnenpolitik“ möglich macht. Man muß daher ernsthaft fragen, ob unsere Gesellschaftsordnung national wie international noch den heutigen Herausforderungen gewachsen ist. Verlangen diese nicht eine andere Gesellschaftsordnung als die jetzige, aus der bürgerlichen Revolution hervorgegangene?

Eine Frage, der man sich nicht stellen will

Kaum jemand wagt sich an die Frage, ob unsere Gesellschaft der Herausforderung unserer Zeit noch gewachsen ist, obwohl diese Frage auf der Hand liegt. Die Aufgaben, vor denen wir stehen, ergeben sich ja aus der durch unsere Gesell-

schaft ausgelösten Entwicklung. Wie soll eine Gesellschaft, für die diese Entwicklung kennzeichnend ist, hier eine Antwort finden?

Unsere Gesellschaftsordnung ermöglicht es, die Natur immer umfassender in den Dienst wirtschaftlichen Gewinnstrebens zu stellen. So mußte der Augenblick kommen, in dem die Ausbeutung der Natur so weit fortgeschritten ist, daß die natürlichen Bedingungen menschlichen Lebens zerstört zu werden drohen. Kann unsere Gesellschaftsordnung gewährleisten, daß die Natur so erhalten bleibt, daß die Menschen in ihr und von ihr leben können?

Unsere Gesellschaftsordnung ermöglichte die Entwicklung einer nicht mehr an nationale Grenzen gebundenen Wirtschaft. Diese Weltwirtschaft macht tendenziell alle Menschen zu Teilnehmern eines die ganze Menschheit umfassenden Arbeitsprozesses. An dem weltweit erwirtschafteten Reichtum wollen auch die Völker der Dritten Welt ihren Anteil haben. Ist die derzeitige internationale Ordnung geeignet, in diesem gesellschaftlichen Netz, das die ganze Welt umfaßt, zwischen den Völkern Beziehungen entstehen zu lassen, wie sie eine echte Völkergemeinschaft verlangt?³

Das durch unsere Wirtschaft erzielte Wachstum ermöglichte es, in einer dem Imperativ der Kapitalverwertung unterworfenen Gesellschaft den Sozialstaat auszubauen. Wird es auch dann noch gelingen, sozialen Fortschritt und kapitalistisches Gewinnstreben in Einklang zu bringen und so den Kapitalismus sozial erträglich zu machen, wenn mit stetigem Wachstum nicht mehr zu rechnen ist?

Warum wird so selten gefragt, ob unsere Gesellschaft den Fragen gewachsen ist, die mit ihrer eigenen Entwicklung entstehen? Man kann antworten, es gehöre nicht zu unseren Denkgewohnheiten, die Gesellschaftsordnung ernsthaft in Frage zu stellen; denn die jeweilige Gesellschaftsordnung gilt für ihre Mitglieder normalerweise als selbstverständlich⁴. Ist das aber nicht merkwürdig in einer Zeit, in der die Gesellschaft zum Gegenstand wissenschaftlicher Forschung geworden ist? Müßten nicht wenigstens die Sozialwissenschaftler hier nachfragen? Warum sie dies unterlassen, wird verständlich, wenn man bedenkt, welchem Risiko sie sich damit aussetzen. Wenn man feststellt, unsere Gesellschaft sei den mit ihrer Entwicklung gegebenen Problemen nicht gewachsen, muß man notwendig fragen, ob nicht die Zeit der Ablösung unserer Gesellschaftsordnung durch eine andere gekommen ist. Man müßte also etwas erwägen, das unserem Denken unvorstellbar erscheint, daß nämlich unsere Gesellschaft durch eine andere abgelöst werden könnte, so wie sie selbst einmal an die Stelle der feudalen Gesellschaft trat.

Ist die gesellschaftliche Entwicklung vollendet?

Unsere heutige Gesellschaft ging hervor aus dem historischen Prozeß, in dem die jeweils bestehende Gesellschaft durch eine andere abgelöst wurde. Der Ge-

danke, unsere Gesellschaft sei auch nur eine Phase dieses Prozesses und auch sie werde eines Tages durch eine andere abgelöst, ist uns aber völlig fremd. Normalerweise halten wir unsere bürgerliche Gesellschaft für die Vollendung. Auch für die Soziologen vollzieht sich jede weitere gesellschaftliche Entwicklung innerhalb des Rahmens unserer Gesellschaftsordnung⁵, die, obwohl sich ständig ändernd, immer dieselbe Gesellschaft bleibt.

Noch vor 25 Jahren schien diese Sicht über allen Zweifel erhaben zu sein. Damals rechneten alle mit einem ständigen Wirtschaftswachstum, das eine befriedigende Beschäftigungslage sichern und den weiteren Ausbau des Sozialstaats ermöglichen würde. Wie die ständige Steigerung des Sozialprodukts einen gewissen Wohlstand der eigenen Arbeiterbevölkerung brachte, werde es der immer weiter steigende globale Reichtum auch ermöglichen, die Lage der Entwicklungsländer wesentlich zu verbessern⁶. Die Entwicklung entsprach aber nicht diesen Erwartungen. Es stellte sich heraus, daß die Möglichkeiten, die die Erde für die Steigerung des Wohlstands bietet, nicht unbegrenzt sind, wie wir es immer angenommen hatten. Zu unserer Überraschung mußten wir feststellen, daß die Natur, in der und von der wir leben müssen, ihrer Ausbeutung Grenzen setzt, die nicht straflos überschritten werden können.

Es hat Jahre gedauert, bis die Grundgedanken des Berichts des Club of Rome⁷ allgemein akzeptiert wurden. Heute zweifelt niemand mehr, daß weder die Rohstoffvorkommen noch die Belastbarkeit der Umwelt, noch das Regenerationsvermögen der Natur unbegrenzt sind. Dennoch fragt man nicht, ob nicht eine Revision des Denkens der 60er Jahre fällig ist und ob man nicht mit dem Ende der unsere Gesellschaft kennzeichnenden Entwicklung rechnen muß. Das politische Denken setzt immer noch auf Wirtschaftswachstum, das sich, soll es die Probleme dauerhaft lösen, ins Unendliche fortsetzen müßte.

Solidarität, die nicht zustande kommt

In breiten Kreisen ist man heute überzeugt, daß die Umweltfrage eine nicht nur nationale, sondern auch internationale solidarische Sorge für die das menschliche Leben ermöglichende Natur verlangt⁸. Es hat sich auch die Einsicht verbreitet, daß ohne die konstruktive Mitarbeit der Entwicklungsländer die Umweltprobleme nicht zu bewältigen sind. Damit ist aber nicht zu rechnen, wenn nicht eine weltweite Solidarität dafür sorgt, daß die zu sichernde Zukunft auch der Dritten Welt Perspektiven bietet.

Warum kommt diese Solidarität nicht zustande? Eine mögliche Antwort findet man, wenn man den großen, den politisch engagierten Staatsbürger von heute beunruhigenden Fragen auf den Grund geht, wie zum Beispiel: Warum tut sich unsere Gesellschaft so schwer, ihr Leben auf die von der Natur gesetzten Grenzen

abzustimmen? Warum gibt es keine Perspektiven für eine Verbesserung der Beschäftigungslage und warum scheint der allmähliche Abbau des Sozialstaats nicht verhindert werden zu können? Warum gelingt es trotz aller Bemühungen nicht, auf dem Weg zur Lösung der Entwicklungsprobleme wesentliche Schritte voranzukommen?

Die These, zu der man immer kommen wird, wenn man diesen Fragen auf den Grund geht, lautet⁹: Diese Probleme sind unlösbar, solange das gesellschaftliche Leben auf nationaler wie internationaler Ebene bestimmt wird durch die individualistisch aufgefaßte Freiheit. Mit dieser Freiheit ist der Konkurrenzkampf gegeben, der es einzelnen Unternehmen und einzelnen Nationen unmöglich macht, dem gemeinsamen Interesse der Erhaltung der Natur ernsthaft Rechnung zu tragen. Diese Freiheit macht das Kapital zu einem entscheidenden gesellschaftlichen Machtfaktor. Das Kapital kann ohne Rücksichtnahme auf die Interessen der arbeitenden Menschen und auf das Gemeinwohl seine Verwertung anstreben. Es steht nur dann zur Verbesserung der Beschäftigungslage zur Verfügung, wenn Gewinnchancen in Aussicht stehen. Weil die Weltwirtschaft von der individualistisch verstandenen Freiheit beherrscht wird, ist sie den Gesetzen des Marktes unterworfen. Weil es auf internationaler Ebene keine Instanz gibt, die, wie der Staat durch seine Sozialpolitik, dem Gewinnstreben soziale Grenzen setzt, befinden sich die Entwicklungsländer in derselben Situation wie die noch nicht organisierten Arbeitnehmer der frühkapitalistischen Zeit, die sich in „freien Verhandlungen“ über die Arbeitsbedingungen dem Diktat des Arbeitgebers unterwerfen mußten.

Ist eine nichtindividualistische Freiheit denkbar?

Kann die Freiheit anders als individualistisch gedacht werden? Beim Entstehen der bürgerlichen Gesellschaft sind die Grundlagen für eine Gesellschaft gelegt worden, die ihren Bürgern Freiheit gewährt, und diese war immer eine individualistisch verstandene Freiheit. Die Probleme einer Freiheit, die innerhalb der Gesellschaft zu verwirklichen ist, waren damals noch unbekannt. Man glaubte sogar, durch das Prinzip des „Laissez faire, laissez passer“ das Wohl der Gesellschaft garantieren zu können.

In der Tat war die Zeit für die wirtschaftliche Entwicklung gekommen, deren Mittel die industrielle Technik bereitstellte. Die starren feudalen Regelungen, die diese Entwicklung blockierten, mußten beseitigt werden. Um ihr freie Bahn zu bieten, sollten die Menschen frei wirtschaften und so ihr eigenes Wohl anstreben können. Um dieses Ziel zu erreichen, so meinte man, brauchten nur die Menschenrechte festgelegt zu werden, die nach dem Aufklärungsdenken dem Menschen zustehen.

Daß die Freiheit im Zusammenleben der Menschen Probleme mit sich bringt, ahnte man nicht. Im Glauben an eine in der Schöpfung angelegte Harmonie der Interessen – die „*harmonia praestabilita*“ (Leibniz) oder die „*invisible hand*“ (Adam Smith) – war man überzeugt, das Gemeinwohl sei am besten gesichert, wenn alle ungehindert ihren Eigeninteressen nachgehen könnten.

Die Probleme der in der Gesellschaft zu verwirklichenden Freiheit wurden durch die Sozialgeschichte ans Licht gebracht. Allmählich wurde deutlich, daß die Freiheit negative Auswirkungen hatte, wenn sie nicht durch eine Verantwortung für die Mitmenschen und für das Gemeinwohl gebunden war. So mußte eine sich ständig erweiternde Sozialgesetzgebung unerträgliche gesellschaftliche Verhältnisse verhindern. Der Staat mußte immer tiefer in das gesellschaftliche Leben eingreifen, um das Gemeinwohl zu sichern. So lehrte die Erfahrung, daß die individualistisch aufgefaßte Freiheit einen Staat verlangt, der immer stärker in das gesellschaftliche Leben eingreift.

Wie konnten es die auf ihre Freiheit erpichten Bürger hinnehmen, daß der Staat durch ständige Steigerung seiner Macht ihrer Freiheit immer engere Grenzen setzte und sich einen immer größeren Teil des Sozialprodukts aneignete? Das wäre kaum denkbar gewesen, wenn sich dadurch die wirtschaftliche Lage der bürgerlichen Schichten verschlechtert hätte. Daß dies nicht der Fall war, muß wohl dem ständigen Wirtschaftswachstum zugeschrieben werden. Dadurch war gewährleistet, daß den Bürgern immer genügend Raum blieb, ihren Reichtum zu vergrößern. Wenn diese Argumentation stimmt, muß die Gesellschaftsordnung in große Schwierigkeiten kommen, wenn die Wirtschaft nicht mehr dauernd weiterwächst.

Grundlagen unserer Gesellschaft

Die bürgerliche Freiheit, das durchschaute schon Marx, wird den Forderungen menschlichen Zusammenlebens nicht gerecht. Die Menschenrechte trennen die Menschen, statt sie miteinander zu verbinden, und gestatten ihnen, im Rahmen des Gesetzes ohne Rücksicht auf die Mitmenschen und auf das Gemeinwohl ihr Eigeninteresse zu verfolgen¹⁰.

Warum verbindet Marx mit dieser Feststellung nicht die Forderung, die Menschenrechte müßten so umformuliert werden, daß die Freiheit die Verantwortung für den Mitmenschen und für das Gemeinwohl einschließt? Für ihn gab es wohl deswegen keinen Grund, sich darüber Gedanken zu machen, weil er nun einmal seine Hoffnung auf das Zustandekommen der kommunistischen Gesellschaft gesetzt hatte. Es bleibt dann aber ungeklärt, warum Marx ausschließt, daß durch eine Gesellschaftsreform die Menschenrechte adäquater formuliert werden.

Diese Haltung wird verständlich, wenn Marx gerade die individualistisch ver-

standene Freiheit als die Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft ansieht. Dann wäre tatsächlich eine andere Gesellschaft notwendig, um die Freiheit mit den Forderungen des menschlichen Zusammenlebens in Einklang zu bringen. Um diese Zusammenhänge zu klären, muß man eine Frage stellen, die die Sozialwissenschaften kaum beschäftigt, die aber von entscheidender Bedeutung für unsere Überlegungen ist: Was sind die Grundlagen einer Gesellschaft? Was macht eine Gesellschaft gesellschaftlich zu der, die sie ist?

Eine Gesellschaft funktioniert nur dann, wenn ein Problem gelöst ist, das mit dem Zusammenleben der Menschen gegeben ist. Es muß nämlich festgelegt sein, wie sich die Menschen ganz allgemein ihren Mitmenschen und dem Gemeinwesen gegenüber zu verhalten haben. Die Art und Weise, wie dieses soziale Grundproblem gelöst ist, macht die Gesellschaft zu der, die sie ist. So wäre unsere Gesellschaft nicht die, die sie ist, müßten wir uns den Mitmenschen und dem Gemeinwesen gegenüber noch so verhalten, wie es in der feudalen Gesellschaft als selbstverständlich galt.

Wie dieses soziale Grundproblem in unserer Gesellschaft gelöst ist, dürften die bisherigen Ausführungen deutlich gemacht haben: Den Mitgliedern unserer Gesellschaft ist es gestattet, im Rahmen der Gesetze ihre eigenen Interessen zu verfolgen, ohne den Interessen der Mitmenschen und dem Gemeinwohl Rechnung zu tragen.

Marx irrte sich, als er an die Ablösung der bürgerlichen Gesellschaft durch die kommunistische glaubte. Er sah aber Richtiges, als er die individualistisch verstandene Freiheit als konstitutiv für die bürgerliche Gesellschaft ansah und voraussetzte, daß die Bindung der Freiheit an soziale und gesellschaftliche Verantwortung eine andere Gesellschaft verlangt. Im Rahmen dieser Überlegungen heißt das: Um die heute geforderte gesellschaftliche Solidarität zu verwirklichen, muß eine andere Gesellschaft zustande kommen.

Diagnose der heutigen Lage

Was wir heute erleben, erinnert an das, was nach Marx dann geschieht, wenn die Ablösung einer Gesellschaft durch eine andere bevorsteht. Krisenerscheinungen, für die man keinen Rat weiß, lösen Besorgnis aus. Man ahnt jedoch nicht, daß es sich hier um die Symptome einer tieferen Krise handelt, die die Grundlagen der Gesellschaft in Frage stellt. Einem gesellschaftlichen Denken, das den hergebrachten und bewährten Denkgewohnheiten verhaftet bleibt, ist der Gedanke völlig fremd, die Gesellschaftsordnung sei nicht mehr auf die Aufgaben abgestimmt, die mittlerweile entstanden sind.

Die Ideen von Marx, an die hier erinnert wird, gehören zu seiner Theorie der Entwicklung, in der jeweils die bestehende Gesellschaft durch eine andere abge-

löst wird¹¹. Es lohnt sich, diese Theorie näher zu betrachten, weil Marx der einzige Sozialwissenschaftler ist, der die Auffassung vertritt, daß mit dem Zustandekommen unserer Gesellschaft die Entwicklung der menschlichen Vergesellschaftung nicht abgeschlossen ist. Seine Theorie, wie er sie formuliert, ist heute nicht mehr vertretbar. Man muß sie so revidieren, daß sie dem Rechnung trägt, was Marx nicht vorhersah. Mit Hilfe einer solchen Revision wird jedoch ein plausible Diagnose der heutigen Situation möglich.

In der Sprache unserer Überlegungen kann man die Marxsche Lehre so formulieren: Die jeweils bestehende Gesellschaftsordnung ist diejenige, die von der technischen Entwicklung in einer bestimmten Phase verlangt wird. Ihr Fortbestand ist gesichert, bis die Entwicklung der Technik eine neue Phase erreicht. Da die Gesellschaftsordnung darauf nicht abgestimmt ist, entsteht ein Konflikt zwischen dem möglich gewordenen technischen Fortschritt und dem gesellschaftlichen Rahmen, der die wirtschaftliche Tätigkeit regelt. Dieser Konflikt endet mit der Ablösung der bestehenden Gesellschaftsordnung durch eine andere.

In der Vergangenheit entstand dieser Konflikt immer dann, wenn eine Gesellschaft, die bislang die Entwicklung der Technik förderte, deren Weiterentwicklung blockierte. Weil der technische Fortschritt, so argumentiert Marx, sich nicht aufhalten läßt, gerät die Gesellschaft in eine Krise und es setzt der Prozeß ein, in dem eine Gesellschaft entsteht, die der neuen Phase der technischen Entwicklung entspricht. Marx meinte, das gelte auch für die kapitalistische Gesellschaft: Nachdem sie der modernen Technik zum Durchbruch verholfen habe, werde sie deren Weiterentwicklung blockieren. Das führe zu ihrer Ablösung durch die klassenlose kommunistische Gesellschaft.

Heute muß festgestellt werden, daß sich Marx hier irrte. Der Kapitalismus verhindert keineswegs die Weiterentwicklung der Technik, im Gegenteil, er erzwingt geradezu immer weiteren technischen Fortschritt. Hält man in diesem Punkt an Marx fest, so ist nicht abzusehen, wie die kapitalistische Gesellschaft ein Ende finden könnte.

Eine Revision der Marxschen Lehre drängt sich auch deswegen auf, weil Marx von der Entwicklung der Technik immer weiteren menschlichen Fortschritt erwartete. Er rechnete nicht damit, daß die Technik ein Stadium erreichen könnte, in dem sie mehr Unheil als Segen bringt und sogar die natürlichen Bedingungen des menschlichen Lebens zu zerstören droht. Trägt man diesem Tatbestand Rechnung, so muß die Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung zum Ausdruck bringen, daß die Produktionsverhältnisse den Produktivkräften auch dann nicht mehr entsprechen, wenn sie eine verhängnisvolle Weiterentwicklung der Technik nicht verhindern. Damit stellt sich die Frage, mit der diese Ausführungen begannen: Ist unsere Gesellschaftsordnung noch der heutigen Situation gewachsen? Hier gibt es nämlich einen Konflikt zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, nicht weil diese die technische Weiterentwicklung blockierten, son-

dern weil sie es nicht ermöglichen, die Entwicklung der Technik unter Kontrolle zu bringen.

Aus dieser revidierten Marxschen Lehre ergibt sich folgende Diagnose unserer gesellschaftlichen Lage: Die auf dem Individualismus begründete bürgerliche Gesellschaft gewährleistete die Entwicklung der Produktivkräfte, denen unsere westliche Welt ihren Wohlstand verdankt. Heute ist die technische Entwicklung so weit fortgeschritten, daß sie die das menschliche Leben bedingende Natur zu zerstören droht. Wir brauchen deswegen eine Gesellschaft, die die Entwicklung der Technik unter Kontrolle bringt. Das kann nur eine Gesellschaftsordnung sein, die die Freiheit derart an soziale und gesellschaftliche Verantwortung bindet, daß eine Solidarität möglich wird, wie sie heute zur Sicherung der menschlichen Zukunft unentbehrlich ist.

Die internationale Dimension

In den bisherigen Ausführungen kommt noch nicht zum Ausdruck, daß das gesellschaftliche Netz, in dem sich unser Leben abspielt, die ganze Menschheit umfaßt. Daher muß die heute geforderte Gesellschaftsordnung auch die internationalen Beziehungen regeln. Diesen Aspekt hat Marx noch nicht genau genug gesehen. Nach der Stadtwirtschaft, der regionalen und der nationalen Wirtschaft entsteht in unserer Zeit eine Weltwirtschaft, und diese verlangt auch eine entsprechende Weltgesellschaft. Welche konkrete Gestalt sie haben wird, läßt sich heute noch nicht sagen, da sie wie auch die Weltwirtschaft in einem Prozeß von „trial und error“ zustande kommen muß. Jedoch läßt sich einiges sagen über die Erfordernisse, denen sie unbedingt genügen muß.

Einmal muß sie gewährleisten, daß sie auch der Dritten Welt Perspektiven bietet. Wie die nationale Sozialgesetzgebung der „freien Verhandlung“ über die Arbeitsbedingungen soziale Grenzen setzte, so müssen auch internationale Vereinbarungen getroffen werden, die die Entwicklungsländer bei der Verhandlung über die Preise ihrer Erzeugnisse davor schützen, aufgrund ihrer schwachen Position ausgenutzt zu werden.

Die Beziehungen zwischen den Völkern dürfen auch nicht mehr durch das Prinzip des „Jeder für sich“ bestimmt werden. Die menschliche Zukunft ist Sache der ganzen Menschheit. Alle Länder müssen eine Umweltpolitik betreiben, die auf die Erhaltung des Erbguts der Menschheit ausgerichtet ist. Die Kosten dafür müssen an erster Stelle die Industrieländer tragen, die sich ja ohne Rücksicht auf die Umwelt bereichert haben. Sie können sich nicht länger eine Wirtschaft leisten, die nicht auf die in der Biosphäre angerichteten Schäden achtet. Sie müssen auf Techniken verzichten, deren Übernahme in der Dritten Welt ernsthaft ökologische Risiken mit sich bringt, auch wenn sie den Wohlstand steigern.

Wo internationale Vereinbarungen zum Schutz der Umwelt angestrebt werden – zum Beispiel zur Bekämpfung des Treibhauseffekts oder zum Schutz der Ozonschicht –, muß eine Regelung gefunden werden, daß sich die Entwicklungsländer die minimale Umweltbelastung leisten können, die nun einmal nicht zu vermeiden ist, wenn man einen gewissen Wohlstand erreichen will, ohne daß diese Belastung die globale Umwelt gefährdet. Jenen Ländern, von denen außerordentliche, ihre Möglichkeiten überfordernde Leistungen verlangt werden, sollte selbstverständlich durch internationale „Subventionen“ geholfen werden. Wenn etwa ein Land wie Brasilien aufgefordert wird, im Interesse der ganzen Menschheit die tropischen Regenwälder zu schonen, sollte es durch die reichen Industrieländer entschädigt werden.

Eine internationale Ordnung, die solche Züge aufweist, scheint eine Utopie zu sein. Sie muß dennoch entstehen, wenn die Menschheit überleben will. Die Frage ist nur, wie lange es noch dauern wird und wie viele ökologische Katastrophen noch stattfinden müssen, bis die Vernunft siegt.

ANMERKUNGEN

¹ Bemerkenswert ist die wichtige Rolle, die die Umweltfrage seit kurzem in der internationalen Politik spielt. In den ersten Monaten dieses Jahres kamen internationale Vereinbarungen zustande, um die Verringerung des Ausstoßes von Fluorchlorkohlenwasserstoffen zu beschleunigen (London) und den weltweiten Giftmüllexport zu unterbinden (Basel). Eine Konferenz in Den Haag suchte nach einer zielstrebigeren internationalen Umweltpolitik. In ihrer diesjährigen Neujahrsbotschaft machte Königin Beatrix der Niederlande sehr eindringlich auf die globale Umweltfrage aufmerksam: „Der ökologische Zustand der Welt ist zum Verzweifeln.“

² Daß Umweltfrage und Entwicklungsfrage eng miteinander verbunden sind, darüber kann es nach dem Erscheinen des Brundtland-Reports (Unsere gemeinsame Zukunft, Greven 1987) keinen Zweifel mehr geben.

³ Das ist der eigentliche Kern der Entwicklungsfrage. Näheres dazu: H. Hoefnagels, Die Weltsituation verlangt eine neue Solidarität, in: Die gesellschaftliche Verantwortung der Kirche. Zur Enzyklika *Sollicitudo rei socialis*, hrsg. v. K. Gabriel, W. Klein, W. Krämer (Düsseldorf 1988) 22–24.

⁴ Vgl. dazu U. Beck, Gegengifte: Die organisierte Unverantwortlichkeit (Frankfurt 1988) 13 f.

⁵ Nichtmarxistische Soziologen gehen fast immer davon aus, daß die Gesellschaft mit dem Zustandekommen der bürgerlichen Gesellschaft ihre endgültige Gestalt gefunden hat. Auf dem dem Thema „Soziologie und gesellschaftliche Entwicklung“ gewidmeten Dortmunder Soziologentag (1984) befaßte man sich nur mit Entwicklungen, die sich innerhalb unserer Gesellschaft vollziehen und die, obwohl sie die konkrete Gestalt der Gesellschaft ändern können, keine andere Gesellschaft herbeiführen.

⁶ Der Verfasser will nicht verheimlichen, daß er selbst bis Ende der 60er Jahre auch so dachte.

⁷ D. Meadows u. a., Die Grenzen des Wachstums (Reinbek 1973).

⁸ Der von Sozialwissenschaftlern verfaßte Bericht an den Club of Rome „Goals for Mankind“ spricht sogar von einer notwendigen weltweiten „Solidaritätsrevolution“ (E. Laszo u. a., Goals for Mankind. A Report to the Club of Rome in the New Horizons of the Global Community, New York 1977, 387 f., 415 f.).

⁹ Hier sei verwiesen auf: H. Hoefnagels, Die neue Solidarität, Ausweg aus der Wachstumskrise (München 1979) 53–62, 66–71; Wie sozial ist unser Sozialstaat? Fragen eines Soziologen an die Soziologie, in: Jb. f. christl. Sozialwissenschaften 27 (1986) 241–258.

¹⁰ K. Marx, Zur Judenfrage: MEGA 1. Abt., Bd. 1, 1 593–596.

¹¹ Diese Theorie wird hier so formuliert, wie Marx selbst sie im Vorwort von „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ zusammengefaßt hat.